

Nr. 15/823

Fragestunde

1. Sachstand Verkauf Stadtinformationssystem bremen.de
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Dezember 2001
2. Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Dezember 2001
3. Information an die Betroffenen über Datenweitergabe bei Rasterfahndung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Anja Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Dezember 2001
4. Gefahrguttransporte
Anfrage der Abgeordneten Knäpper, Bergen, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. Dezember 2001
5. Nachteile des Europäischen Freiwilligendienstes für Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Almut Haker, Silke Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2001
6. Durchführung von Altenparlamenten (Seniorenparlamente)
Anfrage der Abgeordneten Steinberg, Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/824

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001

(Drucksache 15/917)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/825

Altersteilzeit

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 11. Dezember 2001

(Drucksache 15/1030)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, unverzüglich gemäß § 71 b Bremisches Beamtengesetz eine Verordnung zu erlassen, um Beamten mit Dienstbezügen Altersteilzeit zu gewähren.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, ob und für welchen Zeitraum, eventuell zunächst nur für eine befristete Erprobung, es möglich ist, für die Verwaltungsbereiche Justizvollzug, Polizei und Feuerwehr gemäß § 71 b Abs. 1 Satz 3 Bremisches Beamtengesetz quantitative Alterszeitkorridore festzulegen. Innerhalb der Grenzen der Alterszeitkorridore können die Folgeeffekte der Gewährung von Altersteilzeit durch haushaltsrechtliche Vorgaben ausgeglichen werden, so dass durch die Gewährung von Altersteilzeit im Einzelfall die Funktionsfähigkeit des betreffenden Verwaltungsbereiches und die Einhaltung der Ziele des jeweiligen Produkthaushaltes nicht gefährdet wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, vor Erlass einer Verordnung nach § 71 b Bremisches Beamtengesetz Personalplanungen des Senators für Justiz und Verfassung und des Senators für Inneres, Kultur und Sport vorzulegen, aus denen sich ergibt, wie und in welcher Größenordnung durch das Nutzen der im § 8 Abs. 4 Haushaltsgesetzentwurf für 2002 und 2003 eröffneten personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Abfederung der Folgeeffekte der Altersteilzeit in den Folgejahren Beamten des Vollzugs Altersteilzeit gewährt werden kann.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bei der Anhörung der Spitzenverbände nach § 97 Bremisches Beamtengesetz mit den Gewerkschaften und Verbänden neben den rechtlichen Voraussetzungen auch die personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Folgeeffekte der Altersteilzeit und für einen Korridor zu erörtern.

Nr. 15/826

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Mützelburg, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Schieflage in der Bildungspolitik – Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen!“

Nr. 15/827

Zielorientiertes Studium fördern

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. Oktober 2001
(Drucksache 15/860)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Modularisierung und Flexibilisierung des Studiums voranzutreiben sowie bis zum 28. Februar 2002 Vorschläge für eine stärkere Verbindlichkeit im Studienverlauf zu erarbeiten. Dabei sind neben Mentorenprogrammen auch individuelle Kontrakte zwischen Studierenden und Lehrpersonal zur Erreichung des Studienziels in Betracht zu ziehen, sowie die Einführung von Teilzeitstudienmodellen zu prüfen.
2. a) ihr bis zum Sommer 2002 den Entwurf für eine Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes vorzulegen, mit dem Ziel, eine verbindliche und individuelle Studienberatung bereits vom Grundstudium an einzuführen und das Versäumnis dafür festgesetzter Termine sowie eine Verweigerung der Beratung seitens der Professoren mit Sanktionen zu belegen;
- b) gemeinsam mit den Hochschulen das System der Studienberatung so weiter zu entwickeln und personell auszustatten, dass die Servicefunktion der Studienberatung qualitativ und quantitativ verbessert wird, sowie die frühzeitige Orientierung auf ein zielgerichtetes Studium ermöglicht und

eine ernsthafte Teilnahme am Studienbetrieb sichergestellt werden können;

- c) darauf hinzuwirken, dass in den Prüfungsordnungen Fristen festgelegt werden, innerhalb derer die Anmeldung und Teilnahme an einer Prüfung durch die Studierenden erfolgen soll.

Nr. 15/828

Durchgreifende Studienreform an der Universität zügig voranbringen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. November 2001
(Drucksache 15/914)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/829

Bericht über den Stand des Verbots der Verwendung von TBT in Antifoulinganstrichen für Schiffe

Mitteilung des Senats vom 20. November 2001
(Drucksache 15/911)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/830

Gesetz zur Aufhebung der Wahlordnung für die Wahlen zu den Arbeitnehmerkammern

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001
(Drucksache 15/919)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/831

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/900)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/832

Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/897)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/833

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses GeoInformation Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den Betriebsausschuss GeoInformation Bremen:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Werner Hoyer (SPD)	Michael Engelmann (SPD)
Max Liess (SPD)	Wolfgang Jägers (SPD)
Ingrid Reichert (SPD)	Dr. Carsten Sieling (SPD)
Frank Imhoff (CDU)	Hans-Hinrich Blumenberg (CDU)
Helmut Pflugradt (CDU)	Dieter Focke (CDU)
Karin Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Karin Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)

Nr. 15/834

ARD-Umstrukturierungsfonds für Radio Bremen einfordern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/1006)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/835

Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlässlich neu regeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2000
(Drucksache 15/439)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/836

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss weiterhin bedarfsgerecht finanziert werden

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2001
(Drucksache 15/1017)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Diskussion der Regierungschefs der Länder, die Medienordnung in Deutschland zu reformieren. Darin liegt ein wichtiger Ansatz, den Aufgaben des privaten und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zukunftsfähig zu begegnen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen dieser Diskussion bei der Fortentwicklung der Rundfunkgebühr dafür Sorge zu tragen, dass der Grundsatz der bedarfsgerechten Finanzierung maßgeblich berücksichtigt wird. Es muss sichergestellt werden, dass auch die kleineren ARD-Anstalten ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und an der Bestands- und Entwicklungsgarantie teilhaben können. Eine Neuordnung der Gebühren darf nicht zu Lasten der kleineren Anstalten, insbesondere Radio Bremen, gehen.
3. Das Modell der „Fortentwickelten Rundfunkgebühr“ ist ein geeignetes Mittel, die Gebührenpflicht auch in Zeiten der Konvergenz zu verschlanken und

zu vereinfachen. Die Gebührenpflicht darf jedoch bei privaten Haushalten und Betrieben nicht zu einer übermäßigen Belastung führen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dem Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten über das Ergebnis der näheren Prüfung des Modells der „Fortentwickelten Rundfunkgebühr“ vor einer weiteren Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 15/837

Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlässlich neu regeln

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vom 6. Dezember 2001
(Drucksache 15/1018)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 15/838

ARD-Umstrukturierungsfonds für Radio Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 12. Dezember 2001
(Drucksache 15/1031)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt Radio Bremen in seinen Bemühungen, die bestehenden Strukturen und Kapazitäten an die neuen Erfordernisse bis 2006 anzupassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der ARD solidarische Unterstützung für einen notwendigen Umstrukturierungsfonds in der Höhe der Summe, die sie durch die Reduzierung des Finanzausgleichs bei Radio Bremen von 2001 bis 2005 zusätzlich zur Verfügung hat, mindestens jedoch 50 Mio. Euro.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass die Protokollnotiz des 5. Rundfunkänderungsstaatsvertrages konkret umgesetzt wird, dass die ARD durch Leistungs- und Gegenleistungsausgleich einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der kleinen Sender leistet.

Nr. 15/839

Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/1008)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/840

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 36 vom 4. Dezember 2001

(Drucksache 15/921)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/841

Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/898)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Dezember 2001

(Drucksache 15/1029)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/842

Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001
(Drucksache 15/1020)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/843

Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/899)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/844

Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001
(Drucksache 15/1021)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/845

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des staatlichen Liegenschaftsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den staatlichen Liegenschaftsausschusses:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Uta Kummer (SPD)	Ursula Arnold-Cramer (SPD)
Marlies Marken (SPD)	Hermann Kleen (SPD)
Jürgen Pohlmann (SPD)	Dr. Carsten Sieling (SPD)
Helmut Pflugradt (CDU)	Dieter Focke (CDU)
Bernd Ravens (CDU)	Rolf W. Herderhorst (CDU)
Dr. Wolfgang Schrörs (CDU)	Thomas Röwekamp (CDU)
Dieter Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	Karin Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)

Nr. 15/846

Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001
(Neufassung der Drs. 15/873 vom 06.11.01)
(Drucksache 15/918)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/847

Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 7. Dezember 2001
(Drucksache 15/1022)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/848

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf Euro

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001
(Drucksache 15/1025)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/849

Zwangsweise Vergabe von Brechmitteln einstellen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Dezember 2001
(Drucksache 15/1028)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/850

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2001
(Drucksache 15/796)
2. Opfer von Zwangsprostitution kompetent beraten
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau
vom 26. November 2001
(Drucksache 15/915)
3. Erarbeitung eines bremischen Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Dezember 2001
(Drucksache 15/1032)